

Wilhelm Schüßler

Bismarcks Kampf um Süddeutschland 1867 : Rede gehalten bei der Reichsgründungsfeier der Universität am 18. Januar 1929

Rostock: Carl Hinstorffs Verlag, [1929]

<https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1815996285>

Druck Freier  Zugang  OCR-Volltext

Rostocker Universitäts-Reden

VII.

**Bismarcks Kampf
um Süddeutschland
1867.**

Rede gehalten bei der Reichsgründungsfeier
der Universität am 18. Januar 1929

von

Prof. Dr. Wilhelm Schüßler



CARL HINSTORFFS VERLAG / ROSTOCK

In unserm Verlage sind erschienen:

Rostocker Universitäts-Reden.

- Heft I: **Von der weltgeschichtlichen Bedeutung des germanischen Rechtes** von Prof. Dr. Feine
- Heft II: **Die Krankheitsanschauungen der Romantik** von Prof. Dr. Fischer
- Heft III: **Der Kampf um den Boden der deutschen Ostmark** von Prof. Dr. v. Dietze
- Heft IV: **Aus Problemen und Streitfragen in der Medizin der Gegenwart** von Prof. Dr. Frieboes
- Heft V: **Die monopolistischen Bestrebungen und ihre Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben vor und nach dem Kriege** von Prof. Dr. phil. et rer. pol. H. Mannstaedt
- Heft VI: **Justus von Liebig und sein Einfluß auf die Entwicklung der Landwirtschaft** von Prof. Dr. Honcamp
- Heft VII: **Bismarcks Kampf um Süddeutschland 1867** von Prof. Dr. Schübler
- Heft VIII: **Das Handelsrecht und die Wirtschaftsentwicklung** von Prof. Dr. Gieseke
- Heft IX: **Zum zehnjährigen Gedenktage von Versailles** von D. Dr. Friedrich Brunstädt
- Preis: jedes Heft 1.50 RM.

Rostocker Abhandlungen.

Rechtswissenschaftliche Reihe

herausgegeben von den Mitgliedern der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der meckl. Landesuniversität

- Heft I: **Jagdrecht im Gebiet der ehemals domanialen mecklenburgischen Landgemeinden und der Städte** von Dr. Jürgen Berlin — Preis 3.— RM.
- Heft II: **System der landständischen Verfassung Mecklenburgs in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts** von Dr. Hermann Krause — Preis 6.— RM.
- Heft III: **Die Repressalie** von Dr. Erich Schumann
Preis 4.50 RM.
- Heft IV: **Das Vergleichsverfahren. Der Bryan'sche Friedensplan und seine Fortentwicklung bis zur Neuzeit** von Dr. Hans Scherer — Preis 6.— RM.
- Heft V: **Die Uebertragbarkeit von Gestaltungsrechten** von Dr. Bernhard Kühne — Preis 4.50 RM.
- Vorlesungs- und Personal-Verzeichnis der Universität Rostock. Preis 50 Pfg.

Rostocker Universitäts=Reden

VII.

Bismarcks Kampf um Süddeutschland 1867.

Rede gehalten bei der Reichsgründungsfeier
der Universität am 18. Januar 1929

von

Prof. Dr. Wilhelm Schüßler



CARL HINSTORFFS VERLAG · ROSTOCK

Rostock, Universitätsbibliothek

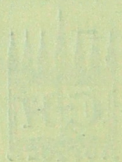
VII

Pommersche Kampfe
im Südbaltland

1867

Verlag des Verfassers
in Rostock

Prof. Dr. Wilhelm Schönbauer



UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK ROSTOCK

Wenn wir den 18. Januar feiern, so denken wir an die ungeheure Mühe, die Bismarck aufzuwenden hatte, um während des Krieges die Neutralen in Ruhe zu halten, die Feinde dem Frieden näherzubringen und vor allem die Regierungen der vier süddeutschen Staaten zu bewegen, in den Norddeutschen Bund einzutreten und so das Deutsche Reich zu begründen.

Dem rückschauenden Betrachter will es oft so scheinen, als sei dieser Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund ein Ereignis, das Bismarck erst seit den Siegen über Frankreich ins Auge gefaßt habe. Es konnte lange Zeit die Meinung bestehen, daß dem Reichsgründer die Teilung Deutschlands, die als Folge des deutschen Krieges von 1866 geschah, nämlich in den Norddeutschen Bund, die süddeutschen Staaten und Oesterreich, selber ganz erwünscht gewesen sei, da er im Norden den Bundesstaat auf konservativer Grundlage errichten konnte, ohne auf die liberalen und katholischen Strömungen des Südens Rücksicht nehmen zu müssen. Man wußte zwar, daß es der Kaiser der Franzosen gewesen war, der durch seine Dazwischenkunft die Mainlinie errichtet hatte, aber von wirklich ernsthaften Versuchen Bismarcks, diese vom Ausland errichtete Linie vor dem Kriege von 1870 zu überschreiten, war kaum etwas bekannt.

Und doch wäre die Frage schon längst erlaubt gewesen, wie es mit Bismarcks Nationalgefühl zu vereinbaren gewesen wäre, wenn er innerlich der Trennung von Nord und Süd zugestimmt hätte? Wäre es in diesem Fall so verkehrt, ihm nur preußisches „National“gefühl zuzuerkennen?

Die Antwort auf diese Frage war lange zweifelhaft, weil Heinrich v. Sybel die beiden letzten, die Zeit von

1867—1870 umfassenden Bände seines großen Werkes über die Reichsgründung ohne Aktenbenutzung schreiben mußte und weil es seither keinen Historiker gereizt hat, die Epoche zwischen den Kriegen eingehend zu erforschen¹⁾.

Nun aber boten schon die im Jahr 1920 von mir veröffentlichten Tagebücher des hessischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Dalwigk einen Anlaß, unsere Auffassung zu revidieren. Am 19. April 1871 schreibt nämlich Dalwigk nach seinem Sturze in sein Tagebuch, der Präsident des Reichskanzleramts Delbrück habe dem Gesandten Grafen Enzenberg gesagt, es sei zu bedauern, daß Preußen ihn — Dalwigk — nicht gewonnen habe, denn man hätte sonst das Deutsche Reich schon vier Jahre eher gründen können. Das würde auf das Frühjahr 1867 hinweisen. Nun ist aber aus diesem Jahre nur bekannt, daß bei den am 3. und 4. Juni 1867 in Berlin stattfindenden Ministerkonferenzen Bismarck und die Vertreter der süddeutschen Staaten die Erneuerung des Zollvereins mit einem Zollparlament festgesetzt haben.

Wenn die Behauptung Delbrücks zutrifft, so müssen die Versuche Bismarcks, den Main zu überschreiten, zwischen den Friedensschlüssen von 1866 und diesen Ministerkonferenzen vom Juni 1867 liegen.

Bei näherer Prüfung ergeben nun die Akten tatsächlich die Gewißheit, daß Bismarck in der ersten Hälfte 1867 eine nähere Verbindung des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten erstrebt hat, nämlich einen „weiteren Bund“, der, wie er hoffte, allmählich zum „Reich“ zusammenwachsen sollte.

Diese Versuche wollen wir uns heute kurz vor Augen führen.

Wie war die Lage, vor die Bismarck sich beim Friedensschluß mit den süddeutschen Staaten im August 1866

¹⁾ Auf wissenschaftliche Belege glaubte ich hier verzichten zu können, weil ich diese Dinge in einem demnächst erscheinenden Buche eingehend behandle.

gestellt sah? Kaiser Napoleon hatte nach der Schlacht bei Königgrätz seine Vermittlung angekündigt, und die von Frankreich drohenden Gefahren waren gewachsen bis zu dem Augenblick, wo Benedetti am 5. August Rheinbayern, Rheinhessen und die Stadt Mainz für Frankreich als Kompensation verlangte. Unter geschickter Benutzung dieser Lage schloß Bismarck, indem er den Kriegszustand beendete, gleichzeitig Schutz- und Trutzbündnisse mit Bayern, Württemberg und Baden ab, durch welche für den Kriegsfall ganz Deutschland unter preußischem Oberbefehl geeinigt wurde. Gleichzeitig aber bedang er sich in den Friedensschlüssen für Preußen das Recht aus, den durch die kriegerischen Ereignisse zerrissenen Zollverein, den man provisorisch weitergelten ließ, zu geeigneter Zeit zu kündigen und dann durch Verhandlungen auf neue Grundlage zu stellen; das war das Mittel, das Bismarck in der Hand hatte, um den Südstaaten künftig politische Forderungen abzurufen.

Kurz darauf wurde der Nikolsburger Präliminarfriede mit Oesterreich in den endgültigen Frieden von Prag verwandelt. Darin mußte Kaiser Franz Joseph einen ganz Deutschland nördlich des Mains umfassenden norddeutschen Bundesstaat unter preußischer Führung anerkennen und sich zugleich damit einverstanden erklären, „daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt und welcher eine international unabhängige Existenz haben wird.“ Dieser in sich widerspruchsvolle Artikel 4 des Prager Friedens verdankt seine Entstehung keinem Geringeren als dem preußischen Gesandten in Paris, dem Grafen Robert von der Goltz. In der Stunde der äußersten Bedrohung durch Frankreich, in den Wochen, wo der böhmische Feldzug stockte und jeden Augenblick eine französische Armee am Rhein erscheinen konnte, glaubte dieser geschmeidigste

aller Diplomaten jenes Zugeständnis von der „internationalen Existenz“ eines künftigen Süddeutschen Bundes dem Imperator machen zu müssen, ohne damit etwa die preußischen Ziele einer gesamtdeutschen Einigung aufzugeben. Diese letztere Bestimmung über die internationale Existenz hat nun Bismarck bezeichnenderweise im Präliminarfrieden fortgelassen und sah sich erst durch Frankreichs Drängen gezwungen, diese verhängnisvollen Worte in den endgültigen Text wieder hineinzurücken.

Aber gerade diese Haltung Bismarcks beweist, daß er von Anfang an mehr gewollt hat als nur das Schutz- und Trutzbündnis und den erneuerten Zollverein mit dem Süden. Ein weiterer Beweis für Bismarcks weitergehende Absichten ist zunächst, daß er, der als Gesandter von einem unitarischen „Königreich“ Deutschland geträumt hatte, jetzt den föderalistischen Charakter der norddeutschen Bundesverfassung so ängstlich wahrte und gerade in der Frage der Militärkonvention dem König von Sachsen entgegenkam, nachdem er aus zweifelloser Rücksicht auf den Süden das Aufgehen kleinerer norddeutscher Länder in Preußen abgelehnt hatte. Zweitens setzte der Artikel 71 des Norddeutschen Verfassungsentwurfs fest, daß sofort nach Fertigstellung des Norddeutschen Bundes die Regelung der nationalen Beziehungen zum Süden durch besondere Verträge erfolgen sollte. Wie bezeichnend für seine Absichten ist nicht auch jener großartige Brief an den Kronprinzen vom 3. Februar 1867, in welchem er ausführt, daß ein in Uneinigkeit gärender Norddeutscher Bund keine Aussicht habe, den Süden an sich zu ziehen, und daß er als Ziel der preußischen Politik aufstellt: ein nationales Gemeinwesen, bestehend und gestützt durch die freiwillige Hingabe aller deutschen Stämme, an dessen Spitze der König von Preußen steht! Wie ängstlich er darauf bedacht war, die Empfindlichkeit der süddeutschen Staaten, vor allem Bayerns, zu schonen, beweist auch seine Haltung zu der Frage eines norddeutschen oder deutschen

Kaisertums, die im Winter 1866/67 von einigen Bundesfürsten lebhaft besprochen wurde. Bismarck lehnte damals ein Kaisertum ab, weil er davon die Verletzung des dynastischen Stolzes des Königs von Bayern erwartete.

Vielleicht wurden diese Befürchtungen noch gesteigert durch die eben überstandene schwere Krankheit, die ihn nach den furchtbaren Anstrengungen des Sommers und Herbstes 1866 befallen hatte. Auch jetzt noch hielt er sich die fremden Gesandten absichtlich fern, und oft genug ertönt deren Klage, daß der Ministerpräsident so schwer zugänglich sei und daß sie sich den Weg zu seiner Tür fast mit Gewalt brechen müßten. Und doch war Bismarck gerade jetzt nach den großen Erfolgen des Vorjahres von ruhiger Zuversicht erfüllt. Wir besitzen von einem Augenzeugen eine Schilderung seiner Persönlichkeit aus dem Anfang des Jahres 1867. Der anhaltische Minister v. Schätzell war es, der Bismarck damals bei einer Jagdgesellschaft sah und der seinem Freunde Wilhelm v. Kugelgen sofort von seinem mächtigen Eindruck erzählte: „Er habe in seinem Leben mit manchem großen Herrn gesprochen“, erzählte Schätzell, „nie aber einen solchen Eindruck von Majestät, Macht und Größe empfangen; so etwa denke er sich Karl den Großen. Bei vollkommener persönlicher Bescheidenheit, ganz schlicht und einfach, ohne jede Großmäuligkeit, habe sich doch in jedem von Bismarcks Worten das ruhige und feste Bewußtsein ausgesprochen, daß im gegenwärtigen Augenblick in seiner Hand die Zügel liegen. Seine Rede sei stets so scharf zutreffend, seine Worte so bezeichnend gewesen, daß jeder Gegenstand des Gesprächs sofort hell und überschaulich geworden.“ Schätzell hatte das Gefühl, einem geistigen Riesen gegenüberzustehen, der ganz friedlich und unbekümmert, in allem was er tut auf seiner eigenen Kraft ruht — mögen sie schäumen, radschlagen und sich stellen, wie sie wollen.

Der Wunsch, Bayerns Empfindlichkeit zu schonen,

wurde noch dadurch verstärkt, daß seit Anfang 1867 in München ein entscheidender Kurswechsel eingetreten schien, indem Fürst v. Hohenlohe anstelle von der Pfordtens Ministerpräsident wurde, der sich vor einiger Zeit energisch für den Anschluß an den Norden ausgesprochen hatte. In seiner Programmrede vom 19. Januar stellte Hohenlohe denn auch als das Ziel seiner deutschen Politik ein Verfassungsbündnis mit Norddeutschland auf. Diese Pläne des Fürsten fanden in Berlin bezeichnenderweise eine fast jubelnde Aufnahme. In einem Erlaß an den preußischen Gesandten in München gab Bismarck seiner Befriedigung Ausdruck und beruhigte Bayern über seine Absichten mit der Versicherung, daß er nur so weit gehen werde, als Bayern selbst wolle. Deutlicher wurde die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die in einem ausführlichen Leitartikel die Behauptung aufstellte, die Mainlinie sei weiter nichts als eine Fiktion. Und wie weit die Hoffnungen in leitenden Kreisen damals gingen, beweist die Aeüßerung Roons zu dem badischen Grafen Sponeck, daß die Aufnahme Bayerns und Badens in den Norddeutschen Bund wohl bevorstehe.

In denselben Tagen war die Stimmung bei den leitenden Männern Bayerns eine ganz ähnliche. Der nächste Gehilfe des Fürsten Hohenlohe, Graf Tauffkirchen, deutete in einem Promemoria von Ende Januar 1867 sogar die Möglichkeit an, daß der König von Bayern gegen politische Zugeständnisse an seine Autonomie in einem künftigen Reiche dem Könige von Preußen wohl die Kaiserwürde anbieten könne.

Aber nicht nur Bayern kam für die Gründung eines künftigen Reiches in Betracht, sondern auch Württemberg. Zweifellos um die eingeleitete Aktion im Süden zu verstärken und unter Umständen durch die Gewinnung Württembergs auf Bayern einen Druck ausüben zu können, erläuterte Bismarck am 31. Januar dem württembergischen Gesandten, Freiherrn v. Spitzemberg, in ausführlichster Weise seinen Plan einer Neugestaltung Gesamtdeutsch-

lands. Es sollte ein „weiterer“ deutscher Bund gebildet werden, bestehend aus dem Norddeutschen Bunde und den vier süddeutschen Staaten; Bundessache sollten aber alle diejenigen Angelegenheiten werden, die schon im Norddeutschen Bunde auf die Gesamtheit übertragen waren, so daß schließlich nur die militärischen Angelegenheiten noch gesondert zu behandeln wären; vor allem aber sollte ein Parlament dieses weiteren Bundes gebildet werden, das als gesamtdeutsches schließlich an die Stelle des norddeutschen treten konnte. Denn davon war Bismarck zweifellos überzeugt, daß es bei der Trennung der militärischen Angelegenheiten nicht bleiben könne und würde. Bedeutet doch dieser Vorschlag zweifellos lediglich ein auf Zeit berechnetes Zugeständnis an die Souveränität der süddeutschen Staaten.

An dieser Stelle wird ganz deutlich, was im letzten Grunde Bismarcks Absicht war. Wenn am 18. Februar der badische Gesandte v. Türkheim nach Hause berichten konnte, daß man in Berlin am liebsten den Anschluß des ganzen Südens an den Norddeutschen Bund sähe, so hatte er damit zweifellos Recht und Bismarcks Maximalprogramm ausgesprochen. Wenn das nicht zu erreichen war, wollte Bismarck den „weiteren Bund“ errichten, von dem er überzeugt war, daß sein Parlament in kurzer Zeit auch die militärischen Angelegenheiten an sich ziehen würde. Aber es gab noch ein Minimalprogramm, das unter allen Umständen erreicht werden mußte: das war der erneuerte Zollverein mit einem Zollparlament, wie ihn Bismarck in seinem Runderlaß vom 15. Februar skizzierte. Welches von diesen drei Programmen zu erreichen war, hing natürlich von der Gestaltung der internationalen Lage ab und war vorläufig nicht vorauszusehen.

Während Bismarck noch auf Bayern als den wichtigsten süddeutschen Staat hoffte, setzte in München seit Anfang Februar immer deutlicher ein Umschwung der Stimmung ein, der nicht zuletzt auf die Einwirkung des

neuen österreichischen Staatslenkers Freiherrn v. Beust zurückzuführen ist, der den Ausgleich mit Ungarn grade jetzt abschloß, um dem erneuerten Kaiserstaate seine Stellung in Deutschland wieder zu verschaffen, und der deshalb nichts mehr fürchtete, als den Anschluß des Südens an Preußen. Deshalb riet er seinem Herrn zunächst, auf den königlichen Sonderling in München einzuwirken und ihn in seinem dynastischen Stolz zu packen. Und so bestürmte die Königsfamilie, vertreten vor allem durch den alten König Ludwig I. und durch die Königin Amalie von Griechenland, den jungen und unerfahrenen Souverän, sich durch Hohenlohe nicht mediatisieren zu lassen; die klerikale Partei tobte gegen eine Annäherung an Preußen und peitschte alle partikularistischen Instinkte der Bevölkerung auf; und von Wien her machten sich am Hofe, in der Aristokratie und in der Presse jene Einflüsse geltend, die von König Ludwig II. selber sehr ernst genommen wurden. Aus diesen Gründen mußte der Fürst Hohenlohe die große Demütigung erleben, daß sein programmatischer Runderlaß an die bayrischen Gesandtschaften über seine deutsche Bundespolitik vom Könige zweimal verworfen wurde und erst die dritte, sehr vorsichtige und auf die Souveränität der Krone Bayerns ausdrücklich bezugnehmende Erklärung Gnade fand. Alle diese Widerstände zwangen Hohenlohe, außerordentlich vorsichtig zu lavieren, auf den Hof und die österreichische Partei Rücksicht zu nehmen und verboten es ihm schlechthin, etwa den von Bismarck gewünschten weiteren Bund mit Zentralparlament ins Auge zu fassen. Ja, er war jetzt überzeugt, die Verhandlungen mit Norddeutschland nur unter der Voraussetzung führen zu können, daß gleichzeitig eine Allianz Gesamtdeutschlands mit dem Habsburger Reiche zustande kam.

Bismarck erklärte sofort, ein weiterer Bund ohne gemeinsames Parlament sei unmöglich. Er mochte glauben, in dem württembergischen Minister v. Varnbüler einen

Verbündeten gegen Hohenlohe zu besitzen; denn dieser hatte die ihm von Spitzemberg übermittelten Aeußerungen Bismarcks über einen „weiteren Bund“ durchaus gebilligt und sah in einem allgemeinen Parlament eine unbedingte Notwendigkeit, schon aus Rücksicht auf die Stimmung der Nation. Trotz alledem mußte Varnbüler, als er am 20. März in München über die bevorstehenden Besprechungen der süddeutschen Staaten mit Preußen verhandelte, eine herbe Enttäuschung erleben: Hohenlohe glaubte auf ein weiteres Parlament unter keinen Umständen eingehen zu können.

Als Bismarck sah, daß Bayern für seinen weiteren Bundesplan nicht zu gewinnen sei, beschloß er, auf andere Weise vorzugehen. Schon längst war das Großherzogtum Baden für den Anschluß an den Norddeutschen Bund gestimmt, konnte aber nicht daran denken, diesen ohne den gleichzeitigen Anschluß Hessen-Darmstadts zu erreichen, weil nur so eine territoriale Verbindung herzustellen war. Das schien um so leichter möglich, als das Großherzogtum Hessen mit einer Provinz (Oberhessen) schon Mitglied des Norddeutschen Bundes war und weil die Bevölkerung sich in ihrer Mehrheit schon längst für den Anschluß an Norddeutschland ausgesprochen hatte.

Hier suchte Bismarck weiterzukommen; denn wenn Baden und Hessen im Norddeutschen Bunde waren, stand der Anschluß Württembergs bestimmt zu erwarten, und dann mußte auch Bayern, um nicht isoliert zu werden, die Aufnahme ins Auge fassen. Aber noch eine weitere Erwägung wird Bismarck zu seiner hessischen Aktion veranlaßt haben. Nach den Berichten aus Paris konnte er nicht zweifeln, daß die dortigen Machthaber immer offener auf eine Erwerbung sannen, die als Ausgleich für Preußens vergrößerte Machtstellung gedacht war und die in dem Gewinn der bisherigen deutschen Bundesfestung Luxemburg bestehen sollte, in welcher eine preußische Garnison lag. Da die Franzosen von Bismarck immer wieder offene

aktive Unterstützung beehrten, weil sie Preußen in Deutschland bloßstellen wollten, und weil er sich versagte, mußte er allmählich mit den Folgen eines Bruches rechnen. Unter diesen Umständen hätte die Aufnahme Hessens, also die Ueberschreitung der Mainlinie eine glänzende Parole im Kriegsfall gegeben, oder aber, wenn der Friede erhalten blieb, konnte die Aufnahme Hessens als Kompensation für den Verlust Luxemburgs gelten.

Eine Möglichkeit, auf indirektem Wege, unter Vermeidung des preußenfeindlichen Ministers v. Dalwigk in Darmstadt einen Wink zu erteilen, bot sich dadurch, daß der hessische Thronfolger der Schwager des preußischen war. Am 24. Februar bat Bismarck den Kronprinzen Friedrich Wilhelm, an seinen Schwager nach Darmstadt zu schreiben, daß der Anschluß ganz Hessens an den Norddeutschen Bund jetzt kein Hindernis mehr finden werde.

In dieser Lage der Dinge mußte die Entschließung des Ministers v. Dalwigk von weltgeschichtlicher Bedeutung werden. Als ihm aber das Schreiben des Kronprinzen vom 11. März durch den Prinzen Ludwig vorgelegt wurde, lehnte er das preußische Ansinnen mit der größten Ent-rüstung ab; als Großdeutscher, Föderalist und Partikularist, der in einem Kleindeutschland weiter nichts sah als ein Großpreußen, widerriet er seinem Herrn jede An-näherung mit dem Satze: er könne in dem Grafen Bismarck keine Spur von deutscher Gesinnung erblicken und in den preußischen Kasernen keine Zuflucht der deutschen Freiheit. Ein freiwilliger Eintritt in den Norddeutschen Bund würde heißen, das Land für preußische Militärzwecke aussaugen und sich somit entehren.

Während über diese Fragen zwischen Dalwigk und dem Prinzen Ludwig eine erbitterte Korrespondenz geführt wurde, auf Grund deren der Prinz nach Berlin die Aus-sichtslosigkeit der ganzen Aktion berichten mußte, hatte Bismarck schon ein Mittel in Anwendung gebracht, um die

süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund zu vereinigen. So sehr auch die am 19. März erfolgende Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse auf die Stimmung in Frankreich berechnet war, in der Hauptsache sollten sie nach Bismarcks Absicht dazu dienen, wie er nach München schrieb, die Verständigung der süddeutschen Staaten untereinander über den Anschluß an den Norddeutschen Bund zu erleichtern und diesen Anschluß selbst zu vollziehen! Denn er glaubte, durch die Veröffentlichung dieser Verträge werde die Stellung des Fürsten Hohenlohe gegenüber seinen Widersachern so gestärkt, daß er und Varnbüler ihren Kammern ganz anders gegenüber treten könnten und dann das nationale Ziel bald erreicht werde.

Da aber wurde das innerdeutsche Problem zu einem internationalen durch die jetzt ausbrechende offene Luxemburger Krise. Da Bismarck sich dem Uebergang Luxemburgs an Frankreich widersetzte — aus Rücksicht auf Preußens ganze Stellung in Deutschland —, drohte jeden Tag der Krieg auszubrechen. Angesichts dieser Gefahr und der jetzt drohenden Koalition von Frankreich und Oesterreich mußte jeder Schritt über den Main hinaus, ungeahnte Komplikationen hervorrufen, und während Bismarck hoffte, im Sturm dieser Krise das Reich zu errichten, mußten die süddeutschen Staatsmänner bedenklicher werden als jemals vorher, den Anschluß an den Norden zu erstreben, weil jeder weitere Schritt zu Preußen hin den Druck Frankreichs und Oesterreichs verstärken mußte. Durch diese Krisis wurde auch die ganze Frage des Eintritts von Hessen auf eine andere Bahn gelenkt. Auf Bismarcks Rat hatte Prinz Ludwig die drei oberhessischen Abgeordneten im Norddeutschen Reichstag veranlaßt, eine Interpellation einzubringen über die Hindernisse, die dem Eintritt Hessens entgegenständen, und Bismarck hatte diese Absicht durchaus gebilligt. Wenn er sich aber in der europäischen Krisis, die jetzt entstanden war, über diese

Bündnistag
Fragen im Reichstag äußerte, so sah er sich gezwungen, in dieser Stunde weit größere Rücksichten zu nehmen als vorher: er mußte jetzt nicht nur Oesterreichs, sondern auch Bayerns Meinung erforschen, von dessen Waffenhilfe im Kriegsfall gegen Frankreich so viel abhing und dem er in dieser Frage jetzt ganz loyal begegnen mußte. Das ist der Grund, weshalb er am 6. April in Wien und München die Frage stellte, wie die Aufnahme Hessens in den Norddeutschen Bund aufgenommen werden würde. Der österreichische Minister des Auswärtigen, Freiherr v. Beust, machte seine Entschliebung von der seines alten Freundes und Bundesgenossen Dalwigk abhängig, während Hohenlohe sich offen dagegen aussprach; fürchtete er doch seit Monaten eine französisch-österreichische Allianz und somit einen Krieg, in welchem Bayern in die gefährlichste Lage geraten mußte.

Um Bayern diese Furcht zu nehmen und seinen Anschlußwillen und seine Bundestreue zu stärken, ließ Bismarck durch das Münchner Kabinett in Wien über die Möglichkeit eines deutsch-österreichischen Bündnisses sondieren und durch den nach Berlin und Wien entsandten Grafen Tauffkirchen ein neues festes Bündnis Gesamtdeutschlands mit dem Kaiserstaate anbieten. So grundlegend wurde Bismarcks österreichische Politik jetzt, während der Luxemburger Krise, durch die Rücksicht auf Bayern bestimmt.

Verweilen wir einen Augenblick bei den Aussichten, die sich für die Zukunft der Nation bei diesem Angebot Bismarcks an Oesterreich eröffneten. Ausdrücklich hatte er schon am 23. März dem österreichischen Gesandten ausgesprochen: „Für uns alle ist Platz in Deutschland“, und was er meinte, als er dem bayrischen Gesandten davon sprach, daß er Oesterreich den „weiteren Bund“ angeboten habe, geht aus seinem Auftrag an Tauffkirchen deutlich hervor. Er wollte nichts Geringeres, als eine ewige Bürgschaft der deutschen Bundesländer Oesterreichs durch

das neue Deutschland, also, wie er sich ausdrückte, den alten deutschen Bund ohne Bundestag; die übrigen Länder Habsburgs sollten in eine befristete völkerrechtliche Allianz einbezogen werden. Was hätte das bedeutet? Es war nichts Geringeres als die ewige Verbürgung des nationalen Besitzstandes der deutschen Nation in Deutsch-Oesterreich, in Tirol, Steiermark, Kärnten, Krain, Istrien und in Böhmen und Mähren; zu einer Ueberwältigung des deutschen Elementes in diesen alten Reichs- und Bundesgebieten durch die Slawen und Romanen wäre es niemals gekommen; und niemals hätte die deutsche Nation selber sich daran gewöhnt, in diesen östlichen Gebieten „Deutschlands“ etwa Ausland zu sehen; niemals hätten die europäischen Mächte gelernt, diese deutschen Bundesländer Oesterreichs als von Deutschland staatsrechtlich getrennte Teile zu betrachten. Immer wäre in ganz Deutschland das Bewußtsein lebendig geblieben, von dem 1879 Bismarck dem alten Kaiser Wilhelm schrieb: daß der Begriff deutsches Vaterland auch an der Donau, in Tirol und in Steiermark zu finden ist. Man kann ruhig sagen, daß dieses Angebot des weiteren Bundes an Oesterreich die Sonnennähe des großdeutschen Gedankens in Bismarcks Leben darstellt.

Warum ist dieser großartige Plan einer Neuordnung Mitteleuropas gescheitert? Die Antwort kann nur lauten, weil der seiner deutschen Machtstellung beraubte Kaiserstaat kaum ein Jahr nach der Schlacht bei Königgrätz und angesichts der Möglichkeit, Frankreichs Bündnis zu gewinnen, noch keineswegs gewillt war, auf seine deutschen Hoffnungen endgültig zu verzichten. Wie gering erschien das Angebot Bismarcks: die ewige Garantie der deutschen Bundesländer, gegen das, was man erhoffte: nämlich die Wiederherstellung der Vorherrschaft Oesterreichs in Deutschland auf den Trümmern des besiegten Preußens oder zum mindesten die Gewinnung der alten Vorherrschaft über Süddeutschland! Und konnte man sich angesichts

dieser Hoffnungen innerlich auch nur mit den Schutz- und Trutzbündnissen zufrieden geben, die ja, wie Bismarck später einmal im Reichstag ausführte, dem König von Preußen tatsächlich eine Art kaiserlicher Stellung in Süddeutschland verliehen, also diese Gebiete wirklich dem Hause Habsburg und seinem Einfluß entzogen?

Das ist der Grund, warum Beust und Kaiser Franz Joseph dieses wahrhaft nationale Angebot des preußischen Ministers ablehnten und warum Beust die günstige europäische Lage benutzte, um nunmehr energisch auf der Einhaltung der Mainlinie zu bestehen und zu versuchen, von der französischen Diplomatie unterstützt, den im Prager Frieden vorgesehenen süddeutschen Bund zu errichten.

Nun hatte aber die bloße Weigerung Oesterreichs, auf das — gegen Frankreich gerichtete — angebotene Bündnis mit Gesamtdeutschland einzugehen, und die im Lauf der nächsten Wochen immer deutlicher werdenden Hinweise auf den zu gründenden süddeutschen Bund eine entscheidende Wirkung auf Bayern und Württemberg. Mehr als jemals mußten sie jetzt eine österreichisch-französische Allianz befürchten und umso mehr auf die Erhaltung des Friedens dringen. Nicht zum wenigsten deswegen sah Bismarck sich gezwungen, die Luxemburger Spannung damit zu beenden, daß er in die Neutralisierung des alten deutschen Bundeslandes einwilligte. Diese Tatsache aber, daß Preußen offenbar nicht imstande gewesen war, deutsches Land dem deutschen Gesamtleben zu erhalten, mußte das preußische Ansehen in Süddeutschland aufs tiefste schädigen, und es war klar, daß die partikularistischen Parteien diese Lage benutzen würden, um den preußischen Einfluß zurückzudrängen.

So wurde es bald deutlich: infolge der Veränderung der internationalen Lage war es unmöglich, Bismarcks Maximalprogramm zu erreichen, nämlich den einfachen Anschluß der Südstaaten an den Norddeutschen Bund.

Trotzdem glaubte der große Staatsmann noch im Mai, wenigstens den weiteren Bund mit Süddeutschland erzielen zu können, und zwar im Zusammenhang mit der Erneuerung des Zollvereins.

Am 6. Mai war zwischen Bayern und Württemberg endlich nach langen Verhandlungen eine Konvention zustande gekommen, in welcher die beiden Staaten sich über die gemeinsame Grundlage für die zu eröffnenden Verhandlungen mit Preußen verständigt hatten. Varnbüler war nur mit halbem Herzen dabei, weil er dem Fürsten Hohenlohe das gemeinsame Parlament nicht hatte abringen können. Als Bismarck durch Baden von dieser Konvention erfuhr, erklärte er den weiteren Bund in dieser Form sofort für unmöglich: die Zustimmung für die gemeinsamen Angelegenheiten zu erlangen durch den Norddeutschen Reichstag und im Süden durch die acht Ständekammern, sei völlig unmöglich; ein gemeinsames Parlament sei unbedingt notwendig. Aber auch jetzt noch, Mitte Mai, glaubte er zum Ziele des weiteren Bundes zu kommen; er bezeichnete diesen ausdrücklich als Grundlage für den zu erneuernden Zollverein, d. h. er deutete seine Absicht an, die Erneuerung des Zollvereins von der vorherigen Begründung des weiteren Bundes abhängig zu machen.

Aber da ergingen, kaum zwei Wochen später, plötzlich telegraphische Einladungen an die süddeutschen Minister zu Konferenzen in Berlin, in welchen nur über die Erneuerung des Zollvereins gesprochen werden sollte, d. h. mit denen Bismarck nur sein Mindestprogramm zu verwirklichen suchte, anstatt damit die Begründung des weiteren Bundes zu verbinden.

Wie ist das zu erklären?

Wir haben schon gesehen, daß Varnbüler von Anfang an für ein gemeinsames Parlament des weiteren Bundes ganz im Sinne Bismarcks eingetreten war, weil er in seiner genauen Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge vor

allem die einheitliche wirtschaftliche Gesetzgebung für Deutschland wünschte. Umso größer war sein Aerger, daß Hohenlohe über diese seine wohlbegründeten Ansichten triumphiert hatte und daß er schließlich, wenn auch mit Hintergedanken, die Konvention vom 6. Mai hatte annehmen müssen. Zur wahren Wut aber war sein Aerger über Hohenlohe geworden, als er erfuhr, daß der Bayer diese ganz geheim zu haltende Konvention über die bevorstehenden Verhandlungen mit Preußen dem Wiener Kabinett vertraulich mitgeteilt hatte, um dessen Ansichten zu erfahren und um dadurch doch zu einer Verbindung mit dem Kaiserstaat zu kommen. In diesem Augenblick wollte Varnbüler von dem Fortbestehen der Konvention nichts mehr wissen und sah angesichts des unüberwindlichen Widerstandes der Bayern nach neuen Möglichkeiten aus, um doch noch zu einem einheitlichen Parlamente für die wirtschaftlichen Angelegenheiten zu kommen. Andererseits befürchtete er immer wieder, daß Bismarck seine diplomatische Waffe benutzen könne, die in der Kündigung des Zollvereins lag und in der damit gegebenen Möglichkeit, von den Südstaaten weitergehende Opfer an Selbständigkeit zu verlangen.

Nun erfuhr er, daß König Wilhelm in Begleitung Bismarcks in absehbarer Zeit zur Weltausstellung nach Paris reisen würde und es wuchs seine alte Befürchtung zu dem bestimmten Argwohn an, daß Bismarck und Napoleon sich in Paris auf Kosten Süddeutschlands verständigen würden.

Was war da zu tun? Das Dringendste schien ihm zu sein, noch vor Bismarcks Pariser Reise Ministerkonferenzen in Berlin abzuhalten, in denen nicht über den weiteren Bund und nicht über weitere politische Opfer der Südstaaten verhandelt werden sollte, sondern ausschließlich über den Zollverein mit dem zu begründenden Zollparlament. Er glaubte bestimmt zu wissen, daß Bismarck als sein Verbündeter gegen Hohenlohe auf diesen

Vorschlag eingehen werde, um überhaupt dem bayrischen Minister das Zollparlament abringen zu können.

Bismarck ergriff den württembergischen Vorschlag vom 22. Mai, Konferenzen über den Zollverein in Berlin abzuhalten, ohne daß er etwa damit auf den weiteren Bund verzichtete. Denn noch am 26. Mai gab er dem preußischen Gesandten in München Anweisungen über diese Angelegenheit.

Unterdessen wurde die Abreise des Königs und Bismarcks nach Paris auf den 5. Juni festgesetzt. Als Varnbüler von dieser kurzen Frist erfuhr, geriet er in die größte Aufregung, weil er fürchtete, daß die Ministerkonferenzen erst nach der Pariser Reise stattfinden könnten und daß inzwischen die Einigung zwischen Frankreich und Preußen erfolgen würde. Deshalb bat er telegraphisch um sofortige Konferenzen noch vor der Pariser Reise; und zu seiner Freude ging Bismarck auch darauf ein. Das tat er, weil er die internationale Lage besser kannte als Varnbüler und weil er genau wußte, daß angesichts der österreichisch-französischen Annäherung und des verstärkten Druckes auf Süddeutschland, zumal nach eben gesichertem Frieden, mehr als die Erneuerung des Zollvereins mit Zollparlament dem französisch-österreichischen Widerstande und damit dem erstarkenden bayrischen Partikularismus nicht abzurufen sein würde und weil er den Franzosen besser mit einer vollendeten Tatsache entgegentrat, als wenn er diese Angelegenheit erst in Paris zum Gegenstand diplomatischer Gespräche machte.

Beide, Bismarck und Varnbüler, waren also gemeinsam der Ansicht, daß diese kurze Frist vor der Pariser Reise gleichsam die letzte denkbare Gnadenfrist war, um die Rekonstruktion des Zollvereins und das Zollparlament dem europäischen und bayrischen Widerstande abzurufen. Zudem war Bismarck überzeugt, daß das gemeinsame Parlament als solches, nicht aber der Kreis seiner Aufgaben und Befugnisse die Hauptsache für die nationale Eini-

gung sei. Deshalb ergingen jetzt von Berlin aus dringende telegraphische Einladungen nach Süddeutschland und deshalb bestellte Varnbüler den bayrischen Ministerpräsidenten am 30. Mai telegraphisch nach Nördlingen. Hier gelang es ihm, den Fürsten Hohenlohe zur Annahme der Ministerkonferenzen in Berlin zu bewegen, indem er ihn versicherte, daß über weitergehende politische Angelegenheiten nicht gesprochen werden würde. Indem er das nach Berlin meldete, verschaffte er sich zugleich einen Schutz gegen etwaige höherfliegende Pläne Bismarcks, der nun moralisch und endgültig auf sein Mindestprogramm — Zollverein mit Zollparlament — festgelegt wurde.

Und so kam es zur Ueberrumpelung Bayerns und Hohenlohes in Berlin bei den Besprechungen vom 3. und 4. Juni. Wer die Regisseure dieses Dramas waren, zeigte sich auch darin, daß Varnbüler sofort nach seiner Ankunft in Berlin sich zu Bismarck begab und mit ihm das Programm der Konferenz feststellte und daß, nachdem die preußisch-württembergische Vorlage nicht nur von Baden und Hessen, sondern schließlich auch von dem widerstrebenden Hohenlohe (der sich aber im Grunde gern zwingen ließ) angenommen war, Bismarck bei Varnbüler persönlich vorsprach und ihm seinen lebhaften Dank für die geleistete Hilfe aussprach.

So ist also aufs klarste zu erkennen, daß das Minimalprogramm, das Bismarck sich in der deutschen Frage gestellt hatte, gerade noch in allerletzter Stunde durchgesetzt werden konnte, ohne neue europäische Verwicklungen heraufzubeschwören. Als Bismarck in Paris erschien, sahen sich die Franzosen vor vollendete Tatsachen gestellt, und auch die Bayern mußten im Herbst 1867 nach furchtbaren parlamentarischen Kämpfen die Erneuerung des Zollvereins mit Zollparlament annehmen.

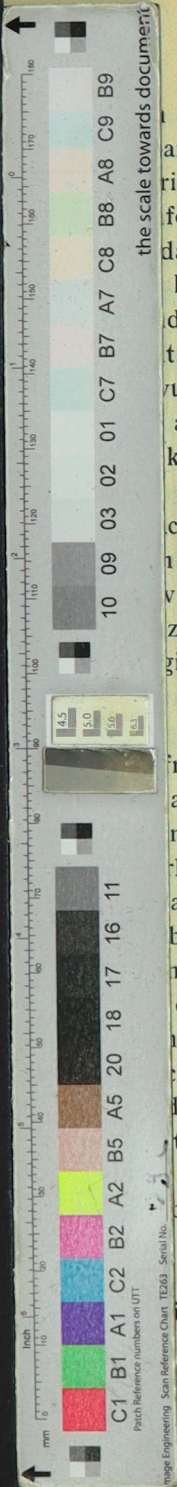
Wenn Bismarck während des Sommers und Herbstes 1867 das Programm des weiteren Bundes vom Frühjahr nicht energischer verfolgte, so liegt das daran, daß er

einerseits bestimmt damit rechnete, aus dem Zollparlament das Parlament des weiteren Bundes hervorgehen zu sehen, daß er andererseits den Druck des vereinigten Frankreich und Oesterreich auf Süddeutschland zu deutlich sah, als daß er etwa von sich aus hätte drängen mögen.

Tatsächlich irrte er sich mit der Hoffnung, das Zollparlament werde zum weiteren Bunde führen. Mit jedem Jahre ebte die nationale Bewegung in Süddeutschland weiter ab. Immer von neuem versuchten Oesterreich und Frankreich den Südbund herzustellen und immer ängstlicher waren Beust und Napoleon auf die Einhaltung der Mainlinie bedacht. Unter dieser Einwirkung erhob der Partikularismus in Bayern und Württemberg in Gestalt der klerikalen und demokratischen Parteien immer kühner sein Haupt. An den Anschluß des Südens an den Norddeutschen Bund, wie er Bismarck noch im März 1867 so nahe gescheienen hatte, war immer weniger zu denken. Die tieferen Zusammenhänge sind klar: es wurde immer deutlicher, daß die französische Politik, die auf den Rhein zielte, dem Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation entgegentrat und daß Oesterreich auf Deutschland nicht verzichten konnte.

Aus diesem Gegensatz ist dann der Krieg von 1870 entstanden, und wenn wir das deutsche Problem im ganzen überschauen, erkennen wir erst die tiefe historische Notwendigkeit des deutsch-französischen Krieges. Erst in der Schlacht bei Sedan ist die Mainlinie zertrümmert worden, die Frankreich 1866 errichtet hatte, und ist zugleich die Hoffnung Oesterreichs begraben, seine alte Stellung in Deutschland wieder einzunehmen. Es war das europäische Schicksal, daß der Gegensatz zwischen der historischen Rheinpolitik der Franzosen und dem Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation mit den Waffen ausgefochten werden mußte und daß dieser historische Prozeß von Jahrhundert zu Jahrhundert anscheinend immer wieder revidiert werden muß.

Wie stark Bismarcks Werk von 1870/71, nämlich der staatliche Zusammenhalt der deutschen Stämme und Länder, ist, hat er selbst nicht ahnen können. Niemals hätte er geglaubt, daß sein Werk den Widerstand des gesamten Erdballs überdauern würde, denn trotz aller Veränderungen im Innern und nach außen, trotz aller Verluste, die wir erlitten haben, ist das „Reich“ doch geblieben und wird für immer mit Bismarcks Namen verknüpft sein, der es unter dem „Gewehranschlag ganz Europas“ nicht nur dem Auslande, sondern auch den Deutschen selber abringen mußte.



...werde, um überhaupt dem bayrischen Parlament abringen zu können.

...riff den württembergischen Vorschlag über den Zollverein in Berlin ab, daß er etwa damit auf den weiteren Weg wartete. Denn noch am 26. Mai gab er dem König in München Anweisungen über die Abreise.

...wurde die Abreise des Königs und Bischofs auf den 5. Juni festgesetzt. Als Varnbüler in kurzer Frist erfuhr, geriet er in die Verlegenheit, weil er fürchtete, daß die Ministerkonferenz der Pariser Reise stattfinden könnten, ohne die Einigung zwischen Frankreich und Preußen würde. Deshalb bat er telegraphisch um Aufschub der Pariser Reise; und Varnbüler ging Bismarck auch darauf ein. Das tat Varnbüler, weil er die internationale Lage besser kannte, weil er genau wußte, daß angesichts der französischen Annäherung und des verhängnisvollen Aufmarsches auf Süddeutschland, zumal nach eben dieser, mehr als die Erneuerung des Zollparlament dem französisch-österreichischen Parlament damit dem erstarkenden bayrischen Partizipanten zuzurechnen sein würde und weil er den Varnbüler mit einer vollendeten Tatsache entgegenstand. Diese Angelegenheit erst in Paris zum Gegenstand diplomatischer Gespräche machte.

...ck und Varnbüler, waren also gemeinsam diese kurze Frist vor der Pariser Reise die denkbar kürzeste Gnadenfrist war, um die Verhandlungen über den Zollverein und das Zollparlament dem bayrischen Widerstande abzurufen. Zu Varnbüler überzeugt, daß das gemeinsame Parlament nicht aber der Kreis seiner Aufgaben die Hauptsache für die nationale Einigung